

REVUE DE PRESSE

Die Rechte des Kindes in der Praxis verwirklichen

Zweitägiger Kongreß des „European Forum for Child Welfare“ in Luxemburg



Der zweitägige EFCW-Kongreß wurde gestern in Präsenz von Erbgroßherzogin Maria Teresa eröffnet. Regierungsrat Mill Majerus (r.) vertrat die Familienministerin.

(lop) – Gestern morgen begann in Anwesenheit von Erbgroßherzogin Maria Teresa im Hôtel Inter-Continental in Dommeldingen der zweitägige Kongreß des „European Forum for Child Welfare“ (EFCW), das als europäische Regionalabteilung des weltweit operierenden „International Forum for Child Welfare“ (IFCW) fungiert. Luxemburger Mitglied im EFCW ist die „Association nationale des communautés éducatives“ (ANCE). Das EFCW verfügt über einen offiziellen Beraterstatus bei der Europäischen Kommission in Brüssel. Hier nimmt es wichtige Aufgaben als Sprachrohr der Kinder wahr. Eines der Hauptziele des Forums ist die praktische Umsetzung der in der entsprechenden UN-Konvention von 1989 definierten Rechte des Kindes.

Rund 50 Vertreter von nationalen Nicht-Regierungs-Organisationen aus zahlreichen europäischen Staaten nehmen am EFCW-Kongreß teil, der unter dem Motto „Faire connaître et réaliser les droits des enfants en Europe“ steht. Für Luxemburg sind neben der ANCE die „Association des directeurs des centres d'accueil“, das „Comité luxembourgeois pour l'Unicef“, die „Fondation Pro Familia“, die „Initiative Liewensufank“, der „Service national de la Jeunesse“ sowie das Familienministerium vertreten.

Handlungsbedarf auch in Luxemburg

Nach der Begrüßungsansprache von EFCW-Präsident Tom White (Großbritannien), der u. a. auf die Aufgabengebiete seiner Organisation im Bereich der Sensibilisierung der öffentlichen Meinung für

die Rechte des Kindes einging, hob Robert Soisson als Präsident der ANCE die Nützlichkeit dieses Kongresses in Luxemburg hervor. Dieser erlaube den Luxemburger Vertretern einen regen Meinungsaustausch mit ihren ausländischen Kollegen. Daraus könne die Arbeit hierzulande nur Nutzen ziehen. Auch der Einsatz von Erbgroßherzogin Maria Teresa im Bereich der Rechte des Kindes sei nicht hoch genug einzuschätzen, habe diese doch schon Anfang der Woche an einem ähnlichen Symposium in Paris teilgenommen, wo sie u. a. auf die Gefahren der gewaltvollen interaktiven Video- und Computerspiele hingewiesen habe. Die Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte des Kindes erfordere statt Sentimentalität oder manchmal auch Effekthascherei ein Mehr an Realismus. Luxemburg sei zwar ein reiches Land; dennoch trage eine kinderfeindliche Umwelt oftmals nicht zur Verwirklichung der Rechte des Kindes bei. Qualitative Verbesserungen seien nötig; die vom Familienministerium ausgearbeiteten Maßnahmen sollten deshalb schnellstmöglich auf den Instanzenweg gebracht werden, so Robert Soisson.

In Vertretung von Familienministerin Marie-Josée Jacobs ging Regierungsrat Mill Majerus auf die angestrebten Maßnahmen zur praktischen Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte des Kindes ein, die 1993 von Luxemburg ratifiziert worden ist. Eine Arbeitsgruppe lege in Kürze einen umfassenden Maßnahmenkatalog vor, der u. a. die Einsetzung eines Ombudskomitees „fir d'Rechter vum Kand“ beinhalte. In Zusammenarbeit mit den zahlreichen in

Luxemburg tätigen privaten Vereinigungen, die im übrigen eine ausgezeichnete Arbeit verrichteten, gelte es, konkrete Aktionsprogramme auszuarbeiten und zu verwirklichen. Die Rechte des Kindes seien nicht nur ein Problem der Entwicklungsländer. So schätze man, daß in unserem Land zwischen 10 und 15 Prozent der Kinder Opfer sexuellen Mißbrauchs sind. Über 650 Kinder, d. h. 0,7 Prozent, seien aus sozialen Gründen in öffentlichen Strukturen außerhalb ihrer Familie untergebracht. Angesichts der hohen Scheidungsraten seien rund 600 Kinder pro Jahr von einer oftmals als traumatisch empfundenen Trennung ihrer Eltern betroffen. Die Ansicht der Kinder werde im Rahmen der gesetzlichen Scheidungsprozedur nicht genügend berücksichtigt; oftmals werde ihr künftiges Schicksal über ihre Köpfe hinweg entschieden, so Mill Majerus.

Zwei Millionen Kinder Opfer des Krieges

Andres Guerrero, der im Rahmen von Entwicklungsprogrammen bei Unicef in Genf verantwortlich tätig ist, wies darauf hin, daß die UN-Konvention über die Rechte des Kindes seit ihrer Unterzeichnung im Jahre 1989 von rund 180 Staaten ratifiziert worden ist. In Europa seien es lediglich die Schweiz und Liechtenstein, die diesen wichtigen Schritt noch nicht unternommen hätten. Die 54 Artikel der Konvention definierten die Rechte des Kindes in den Bereichen Recht auf Leben und Unversehrtheit, auf Entwicklung, auf Schutz sowie auf Meinungs- und Ausdrucksfreiheit. Die Rechte auf Schutz beinhalteten u. a. den Schutz vor Ausbeutung und Unterdrückung, Kinderarbeit, sexuellem Mißbrauch, Drogen und bewaffneten Konflikten. Die Definition der Erwachsenen vom Frieden als lediglich das Nichtvorhandensein eines bewaffneten Konfliktes würde den Vorstellungen der Kinder oftmals nicht entsprechen. Gewalt in Film und Fernsehen, brutale Videospiele sowie Kriegsspielzeug produzierten eine latente Gewaltbereitschaft in den Köpfen der Kinder.

In den vergangenen 15 Jahren seien weltweit zwei Millionen Kinder bei Kriegen und bewaffneten Konflikten ums Leben gekommen. Ungefähr fünf Millionen Kinder seien verwundet worden; bei zehn Millionen Kindern hätten traumatische Kriegserlebnisse bleibende seelische Schäden verursacht. Darüber hinaus bedeute Krieg für die Kinder keine Schulbildung, keine ausreichende Ernährung oder sau-

luxemburger Wort; Sa. 2.12.95, P.4